

# Rigi verringert Beförderungskapazität

Die Rigi Bahnen erhöhen die Beförderungskapazität der neuen Bahn Weggis-Kaltbad nur auf 850 statt 1200 Personen pro Stunde.



Bei der Weiterentwicklung des Projekts neue Gondelbahn verzichten die Rigi Bahnen definitiv auf eine Kapazitätserhöhung auf 1200 Personen pro Stunde. Visualisierung: PD

Nadine Annen

Der Verwaltungsrat der Rigi Bahnen AG hat im Rahmen des Planungsfortschritts entschieden, dass die Beförderungskapazität der neuen Gondelbahn gegenüber der bestehenden Pendelbahn von 650 auf 850 Personen pro Stunde erhöht wird. Das heisst es in einer entsprechenden Mitteilung. Und weiter: «Auf die bis

anhin geplante und kommunizierte Erweiterungsmöglichkeit auf 1200 Personen pro Stunde wird definitiv verzichtet.»

Zurzeit werde das Gondelbahnprojekt aufgrund der sich ständig verän-

dernten Umwelt (Corona, Teuerung, generelle Volatilität) laufend weiterentwickelt, und neue Erkenntnisse flossen mit ein, erläutert das Unternehmen weiter. Bis zum Start des Bewilligungsverfahrens beim Bundesamt für Verkehr Anfang 2023 müssen alle wesentlichen Abklärungen und Planungen abgeschlossen sein.

«Unter anderem werden die Seilbahntechnik sowie die Kabinen-Garage an der Talstation so ausgelegt, dass eine spätere Kapazitätserweiterung ausgeschlossen ist», heisst es vonseiten der Rigi Bahnen. Dank dem Umlaufbetrieb einer Gondelbahn würden Wartezeiten an Hochfrequenztagen trotzdem gezielt reduziert werden können.

## Volksabstimmung über komplexes Dossier

Für den geplanten Neubau der Gondelbahn von Weggis nach Rigi Kaltbad sind die Schaffung eines Seilbahnkorridors und eine Umzonung des Grundstücks für die Bergstation nötig. Dagegen sind 23 Einsprachen von Verbänden und Privaten eingegangen, nur eine davon wurde nach Verhandlungen zurückgezogen (der «Bote» berichtete).

Über die Zonenanpassung Kaltbad und den Seilbahnkorridor stimmt nun die Weggiser Bevölkerung am 27. November ab. Ursprünglich war die Urnenabstimmung für Mai vorgesehen gewesen. Wegen der Einsprachen ver-

schob die Gemeinde im Februar den Abstimmungstermin.

Die Zonenanpassung und der Seilbahnkorridor sind gemäss Bundesamt für Verkehr die Voraussetzung, damit es künftig eine Bergbahnerschliessung zwischen Weggis und Rigi Kaltbad gibt. Der Seilbahntyp spielt dabei keine Rolle.

## Konzessionsverlängerung für Luftseilbahn Weggis-Rigi Kaltbad

Die Zeit für die Umsetzung der neuen Bahn drängt. Die Konzession und die Betriebsbewilligung der bestehenden Luftseilbahn Weggis-Rigi Kaltbad wurden vom Bundesamt für Verkehr unter Auflagen letztmals um fünf Jahre bis im September 2027 verlängert.

Die Auflagen für einen weiteren Betrieb betreffen insbesondere Fliegerwarnkugeln, technische Anpassungen an der Steuerung, Optimierungen von seilbahntechnischen Komponenten und Arbeitssicherheitsinstallationen sowie Überwachungseinrichtungen.

Eine Vielzahl der Massnahmen sei bereits im Zuge der Revisionsstätigkeiten im Frühjahr 2022 ausgeführt worden. Dennoch seien weitere Investitionen in die bestehende Bahn nötig; 2022 investiert die Rigi Bahnen AG 300 000 Franken und in den Folgejahren jeweils durchschnittlich 100 000 Franken ausserordentlich in den Unterhalt und damit in die Verfügbarkeit der heutigen Pendelbahn.

## LESERBRIEFE

### Ein Ja ist vernünftig

Zur Abstimmung über den Hochkreisel

Haben Sie sich schon einmal gefragt, wer diese Flut von «Publireportagen» zum Thema Hochkreisel bezahlt? Man wusste es bisweilen nicht genau. Doch der Antrieb, so viel Geld für eine Flut von Inseraten zu bezahlen, muss gross sein. Pensionierte Ingenieure und Architekten melden sich auf halb- oder ganzseitigen Inseraten zu Wort; eine kostspielige Aktion.

Für wen sie genau sprechen, wurde erst mit dem Leserbrief vom

14. September und aus der Mitteilung der fast vollständigen Grundeigentümerschaft Brunnen Nord, welche sich für das Projekt ausspricht, offenkundig, Karl Schönbächler aus Schwyz ist Grundeigentümer in Brunnen Nord und weibelt offenbar an vorderster Front gegen das Er-schliessungsprojekt, obschon alle Grundeigentümer zur Kostenverteilung ihre Zustimmung gegeben haben.

Weshalb steht man nun nicht mehr zu diesem Wort? Geht es ums

Geld? Geht es darum, dass der betreffende Grundeigentümer sein Projekt bereits gebaut hat und über den Bahnhof erschlossen ist? Getreu dem Motto «Nach mir die Sintflut»? Ist ein Schelm, wer befürchtet, es gehe nur um Rendite und nicht um das Gemeinwohl?

Das Projekt Brunnen Nord soll endlich realisiert werden. Ein Ja zum Hochkreisel ist vernünftig.

Pirmin Geisser, FDP-Kantonsrat, Brunnen

### Bitcoin-Transaktionen verbieten

Zur Energiekrise

Wenn wir alle im Winter unseren Kühlschrank abschalten und kühlbedürftige Lebensmittel auf den Balkon oder nach draussen stellen, sparen wir schmerzlos eine Menge Strom. Wenn dann noch für die drei kältesten Monate Bitcoin-Transaktionen eingestellt/

verboten werden – denn eine einzige Transaktion soll ja den Strombedarf eines ganzen Dorfes für eineinhalb Monate verbrauchen –, dann könnte es sein, dass man uns bald anfleht, wieder mehr Strom zu brauchen.

Marie-Therese Annen, Klinische & Gesundheitspsychologin FSP, Schwyz/Hünenberg

### Nein zu Sonderrechten

Zur Abstimmung über die Verrechnungssteuer

Die Verrechnungssteuer führt dazu, dass Zinserträge und Kapitaleinkommen in der Steuererklärung angegeben werden; sie können dann wieder zurückgefordert werden. Sie bezweckt in erster Linie die Eindämmung der Steuerhinterziehung. Das Parlament will für wenige Grossunternehmen und Grossanleger (0,03 Prozent aller Unternehmen = rund 200 Unternehmen) die Verrechnungssteuer abschaffen.

Die rund 600 000 KMU (finanzieren sich nicht durch Obligationen) und Sparer/innen gehen leer aus; sie bezahlen weiterhin Verrechnungssteuer. Es ist mit Steuerausfällen von jährlich bis zu 800 Millionen Franken zu rechnen. Diese Ausfälle wird die Bevölkerung bezahlen müssen – über höhere Steuern und Abgaben oder über einen Abbau von Staatsleistungen. Deshalb empfehle ich, die Verrechnungssteuervorlage abzulehnen.

Alex Keller, Kantonsrat SP und Unabhängige, Küsnacht

### Das schlagen die Schwyzer Parteien für den Urnengang vom 25. September vor

	Eidgenössische Vorlagen		
	Massentierhaltungsinitiative	AHV21*	Verrechnung
SVP	Nein	Ja	Ja
FDP	Nein	Ja	Ja
Die Mitte	Nein	Ja	Ja
SP	Ja	Nein	Nein
GLP	Stimmfreigabe	Ja	Ja
Grüne	Ja	Nein	Nein

\* AHV21: Zwei zusammenhängende Vorlagen: Mehrwertsteuer und höheres Frauenrentalter

### Es geht munter weiter

Zu den Strompreisen

Vor zwanzig Jahren lehnte die Bevölkerung die vielgepriesene, letztlich von der EU geforderte Strommarktliberalisierung mit 52,5 Prozent Nein-Stimmen ab. Bundesgericht, Bundesrat, Bundesparlament und Bundesver-

waltung interessierte dieses Nein nicht. Das Volk wollte mehrheitlich Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen und keine «Liberalisierungsexperimente». Es wollte die seit hundert Jahren bewährte Versorgungssicherheit nicht aufs Spiel setzen und dem Zeitgeist opfern. Deshalb das Nein.

Bereits im März 2003 begann die Bundesverwaltung, die Sprache des Volkes im Keim zu ersticken, und beauftragte eine Expertenkommission, einen neuen Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Dieser Gesetzesentwurf wurde dann im Parlament als «Jahrhundertgesetz» gepriesen. Am 23. März 2007 nahmen der Nationalrat und der Ständerat das neue Stromversorgungsgesetz an. Die 27 Nein-Stimmen, welche damals weiterhin Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen wollten und bereits von Beginn an die Systemfehler sahen und kritisierten, wurden und werden ab diesem Zeitpunkt bis heute als wirtschaftsfeindlich abqualifiziert.

Und was ist nun passiert? Bundesrat und Parlament beschliessen Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft. Übersetzt heisst das: Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen. Noch schlimmer. Es geht nicht um Private, sondern um Firmen, welche im Eigentum von Kantonen und Städten sind. Und mit diesen Finanzhilfen ist die Versorgungssicherheit nicht garantiert. Es ist in Bern kein Wille spürbar, die Systemfehler im Stromversorgungsgesetz zu korrigieren. Nach wie vor herrscht das Motto «Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen». Und das mit Bundesgarantie! Das «Gewurstel» geht munter weiter.

Fazit: Noch grössere Sorgen als der Gletscherschwund macht mir der Schwund der kognitiven Fähigkeiten in der Politik, Fehler einzugestehen und Systemfehler sofort zu korrigieren.

Pirmin Schwander, SVP-Nationalrat, Lachen

ANZEIGE

Ich wähle **Xaver Schuler** in den Regierungsrat!

Alex Kuprecht Ständerat

Am 25. September 2022 Liste B wählen!